Nr. 151. 82. Jahrgang

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Amtsblatt

Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 31307 Telegr.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden
und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Lößnitzgemeinden, Dresden-Striesen, -Neugruna und -Tolkewitz

Druck und Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: durch die Post viertelj. 12.— einschließlich Bestellgeld; durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—; bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.—, monatlich 3.85

Blasewitz
Sonnabend, 3. Juli 1920.

Anzeigen-Preis: die 6gespaltene Grundzeile oder deren Raum 1.— Mark, im Textteile die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen- und schwierigen Satz 50% Aufschlag.
Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Wiederaufnahme der Friedenskonferenz?

Im „Echo de Paris" schildert Pertinax, von dem bekannt ist, daß er seine Informationen aus dem Quay d'Orsay bezieht, in einem außerordentlich bemerkenswerten Artikel die Ziele der Konferenzen von Brüssel und Spa. Er erklärt, daß die internationale Konferenz in Brüssel, die am Montag eröffnet werde, eigentlich eine Wiederaufnahme der Friedenskonferenz sei. In gewisser Hinsicht sei man wieder dort, wo man im Januar 1919 war. Die Durchführung des Friedens sei schwierig, wenn nicht unmöglich geworden, weil seine Verfasser keine Mittel bestimmten, um ihn durchzusetzen. Es handelt sich nun darum, diese Lücke so gut wie möglich auszubessern. Es liegt eine gewisse Wahrheit darin, wenn man sagt, daß man davorstehe, mit Vertretern Deutschlands über einen neuen Friedensvertrag zu verhandeln. Ursprünglich wollte man sich in Spa mit den Vertretern Deutschlands bloß zur Regelung der Finanzfragen zusammenfinden. Dieses Programm wird aber bedeutend erweitert werden. Lloyd George berief nach Brüssel die Generale Malcolm, Bingham und Hakking, die England in Berlin und Ostpreußen vertreten. Daraus kann man schließen, daß nicht nur die Entwaffnung Deutschlands, sondern auch das Schicksal derjenigen Gebiete, wo Volksabstimmungen, wie Ostpreußen und Oberschlesien stattzufinden haben, und ebenso das Schicksal anderer Gebiete, die schließlich von Deutschland abzutreten sind, wie das von Danzig, in Brüssel erörtert werden wird. In San Remo stimmte Millerand den Besprechungen mit Deutschland nur unter zwei Bedingungen zu: 1. Voraussichtliche Einigung unter den Alliierten, 2. Gewaltanwendung gegenüber Deutschland, um dieses zur Durchführung der gefaßten Beschlüsse zu zwingen. Pertinax glaubt zu wissen, daß Millerand bei der Eröffnung der Brüsseler Konferenz an diese Beschlüsse erinnern werde. Die Minister der alliierten Staaten würden demnach in Brüssel zunächst eine Grundlage zu finden und eine Formfrage zu regeln haben. Die erste wird sich auf die Lösung der Finanzfragen beziehen, wie sie in Boulogne-sur-Mer in Aussicht genommen waren, die aber von Italien nur anerkannt werden würden, falls deren Ansprüchen Rechnung getragen werde. Die Formfrage bezieht sich auf das Verhältnis der Alliierten bei den Besprechungen in Paris. Hierbei werden gewisse Schwierigkeiten zu überwinden sein. Die Kommission, welche die Bestimmungen über die Verteilung der deutschen Entschädigungssumme zu treffen hat, ist bisher noch zu keinem Einvernehmen gelangt. Andererseits geht das Bestreben der Engländer dahin, in Spa keine starren und unbedingt festzuhaltenden Projekte vorzulegen, sondern die Möglichkeit offen zu lassen, daß man sich in Spa darüber unterhalten kann, in welcher Weise eine Vereinbarung zwischen den Forderungen der Alliierten und den Anerbietungen Deutschlands erfolgen könnte. Von den deutschen Vertretern nimmt Pertinax an, daß sie den Vorschlag machen werden, daß die Finanzfragen erst von einer Kommission von Sachverständigen gelöst werden müßten. Demnach wird es zweifellos sein, daß gewisse Opfer von den Alliierten gebracht werden müssen. Aber die französische Regierung wird, davon ist Pertinax überzeugt, drei Punkte nicht vergessen: Erstens, daß es eine Grenze für die Zugeständnisse gäbe, die Frankreich machen könne, und diese Grenze der Zugeständnisse müsse weiter bei den Finanzprojekten gezogen werden, die gegenwärtig Frankreich dadurch bedrohen, daß dieses „nur" mit etwa 50 Milliarden abgefunden werden soll. Zweitens, daß die im vorigen Jahre beschlossene territoriale Veränderung gegenüber Deutschland in keiner Weise in Frage gezogen werde, und drittens, daß die Möglichkeit offen gelassen werde, gewisse Gewaltmaßregeln anzuwenden, wie die Beschlagnahme der Zolleinnahmen Deutschlands, Ausdehnung der besetzten Zone usw. Wenn diese Richtlinien am Vorabend der Konferenz von Spa angenommen werden, dann könne Frankreich die Ergebnisse, die Millerand erzielen werde, billigen.

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung, Donnerstag, den 1. Juli 1920.

Zur Beratung der Anträge auf Beseitigung der Härten bei Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn wird ein Ausschuß von 28 Mitgliedern eingesetzt. — Das deutsch-französische Abkommen über elsaß-lothringische Rechtsangelegenheiten wird in allen drei Lesungen angenommen. Die politische Aussprache über die Erklärung der Regierung wird fortgesetzt.

Abg. Müller-Franken (Soz.) bestreitet die Behauptung des Abg. Ledebour, die Sozialdemokratie sei bei den Wahlen nach allen Regeln der Kunst zusammengehauen worden. Nach anderthalbjähriger Regierungstätigkeit mußte die Partei mit Wahlverlusten rechnen. Hätten die Unabhängigen anderthalb Jahre nach ihren Grundsätzen regiert, dann wäre bei den Wahlen wenig von ihnen übrig geblieben. Wir sind noch immer die stärkste Partei im Reichstage und die stärkste Sozialdemokratie der Welt.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die Anfänge der jetzigen Finanzkrise reichen bis in die erste Zeit des Krieges zurück; denn schon damals begann das Maßverhältnis zwischen den Ausgaben, die normalerweise auf den ordentlichen Etat genommen werden mußten, und zwischen den laufenden Einnahmen. Schon damals setzte die Erkrankung unserer Finanzen ein und verschärfte sich seitdem andauernd. In der ersten Zeit des Krieges konnte noch aus dem Vollen der Volkswirtschaft geschöpft werden. Außerordentlich viel Sachkapital konnte in papiernes Kriegsanleihekapital umgewandelt werden. Damals hatten wir uns wirtschaftlich und finanziell noch nicht übernommen. Steuerpolitisch war es bereits im Jahre 1916 ziemlich trübe bestellt. Schon damals bestand ein Defizit von 3 Milliarden Mark, ungerechnet die Summen, die man ausgeben mußte für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Der eigentliche Raubbau an der physischen, materiellen und finanziellen Kraft unserer Nation begann mit dem Jahre 1917. Der Krieg wurde dauernd kostspieliger, die Teuerung stieg. Eine fortschreitende volkswirtschaftliche Verarmung trat ein. Neben der starken Zunahme von Daueranleihen häufte sich in den Kampf des Krieges ein immer größerer Berg von schwebender Schuld, die am Ende des Kampfes nahezu 50 Milliarden Mark betrugen. Der letzte Kampfmonat, der Oktober 1918, erforderte an außerordentlichen Ausgaben allein 4,8 Milliarden Mark, also einen höheren Betrag, als früher ein ganzer Krieg verschlang. Mit dem militärischen und politischen Zusammenbruch begann dann die geradezu beängstigende Zunahme der schwebenden Schuld; denn einerseits fehlten dem Reiche größere Steuerquellen, ferner die Grundlage für die Aufnahme von Staatsanleihen, andererseits waren Riesenausgaben infolge des Krieges zu bewältigen. Seine Liquidation kostete Monat für Monat Milliarden und wird auch weiterhin noch große Summen verschlingen. Dazu kommen die Ausgaben für einen unendlich harten Frieden, ferner die gewaltigen Summen für die Verbilligung der Lebensmittel und unsere volkswirtschaftlichen und sozialen Zwecke. Dazu kommt der unheimliche, ausgabensteigernde Zusammenbruch unserer Währung. Die unangenehmste Tatsache unserer seitherigen Finanzwirtschaft ist die zu späte Verrechnung bereits geleisteter Ausgaben. Restposten haben von Jahr zu Jahr während des Krieges eine immer größere Milliardenhöhe angenommen. Der Haushalt des Jahres 1919 weist rechnungsmäßig die geradezu fabelhafte Summe von rund 74½ Milliarden auf. Darin sind allerdings 1,6 Milliarden Schuldentilgung mit enthalten. Der Rest von 73 Milliarden übersteigt geradezu jedes Vorstellungsvermögen. Allein 24½ Milliarden Mark entfallen davon auf Kriegsfonds, 17 Milliarden werden zur Ausführung des Friedensvertrages eingestellt und 16 Milliarden für die Abwicklung und Wiederherstellung verwendet. Die Lebensmittel-Milliarden, die Hunderte von Millionen für die Verbilligung der Bautätigkeit und viele ähnliche Summen zeigen, wie ungeheuerlich die Wirkungen des Krieges die deutsche Volkswirtschaft belasten. Die wichtigsten Ausgaben im neuen Etat von 1920, der aber immer noch nicht fertig gestellt ist, aber in den großen Ziffern im wesentlichen feststeht, stellen sich wie folgt: 23,8 Milliarden fortdauernde Ausgaben, 4,2 Milliarden einmalige Ausgaben. Davon entfallen auf die Reichsschuld 12,4 Milliarden, Pensionen, Militärrenten und Hinterbliebenenversorgung 2,9 Milliarden, auf die neue Besoldungsordnung 3 Milliarden, für Volksernährung 3 Milliarden, für Heer und Marine 1,8 Milliarden, für das Reichsarbeitsministerium einschließlich der Behandlungen der Kriegsbeschädigten usw. 1,1 Milliarden, für die übrigen Zwecke 2,7 Milliarden. Die Einnahmen des ordentlichen Haushalts sollen ergeben an Verwaltungseinnahmen 0,2 Milliarden, an direkten und Verkehrssteuern 10,8 Milliarden, an Zöllen und Verbrauchssteuern 9,1 Milliarden, an einmaligen direkten Steuern 3 Milliarden, an Einnahmen aus dem Bankwesen und Ausfuhrabgaben 2 Milliarden und an Einnahmen aus noch nicht bewilligten Steuern 2,9 Milliarden. Wenn diese letzte Summe bewilligt wird und einkommt, dann wird im ordentlichen Haushalt zum ersten Male seit der Vorkriegszeit ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben erzielt werden. Was den außerordentlichen Haushalt anlangt, so sind ohne die Fehlbeträge der Betriebsverwaltungen an Ausgaben vorgesehen: 11,6 Milliarden Mark, darunter 5 Milliarden Mark für den Friedensvertrag, die voraussichtlich aber nicht ausreichen. Die Abwicklung des alten Heeres und der alten Flotte erfordern weitere 2,1 Milliarden Mark. Die Ausgaben für die Kriegsgefangenen und ebenso die für Tumultschäden sind mit je 1 Milliarde Mark angesetzt. In der Ausgabe für die Kriegsgefangenen kommt die furchtbare Wirkung des Zusammenbruches unserer Valuta und der Mangel einer eigenen Handelsflotte zum Ausdruck. Die Entwicklung der Betriebsverwaltungen ist geradezu katastrophal. Die Post rechnet mit einem Fehlbetrag von 870 Millionen Mark, die Eisenbahnverwaltung mit 14 bis 15 Milliarden Mark, ein Posten, der fast so groß ist, wie unsere Ausgaben aus der Reichsschuld und den Pensionen für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten zusammen. Diese Fehlbeträge sind dem Raubbau während des Krieges mit unserem Verkehrswesen zuzuschreiben. Die Schädigungen infolge des Waffenstillstandes, durch die uns das beste Material weggenommen ist und die Unterlassung von Reparaturen und die Ausbesserung sonstiger Schäden, die jetzt mit dem Vielfachen der früheren Preise bezahlt werden müssen. Der Hauptgrund der außerordentlichen schlechten Lage unserer Verkehrsverwaltungen liegt in den riesenhaften Personalaufwendungen, in denen noch kein Aufhören zu erblicken ist, ein unerträglicher Zustand. Das Reich darf nicht bis zum Weißbluten angespannt werden. Beim Verkehrswesen zeigt sich die verhängnisvolle Wirkung der noch vor einigen Monaten so viel gepriesenen Theorie der Ausgleichung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise. Jetzt versagt dieses Verfahren, weil der notwendigste Warenbedarf gedeckt ist. Nun tritt die Wirtschaftskrise ein und das Reich soll die Erwerbslosenunterstützungen bezahlen. Das Verkehrswesen kann mit Rücksicht auf die eigene Rentabilität und mit Rücksicht auf die Volkswirtschaft die Tarife nicht beliebig erhöhen. Wenn die Fehlbeträge der Betriebsverwaltungen zusammen etwa 15 bis 16 Milliarden Mark ergeben, so erhält man einen Gesamtaufwand aus dem außerordentlichen Etat von 26,6 bis 27,8 Milliarden Mark, so daß wiederum ein Gesamtetat von insgesamt 54½ bis 55½ Milliarden Mark vor uns steht. Wie diese Entwicklung enden soll, ist die furchtbare Frage, die wir uns vorlegen müssen. Bei derartigen Anforderungen wachsen selbstverständlich die Schulden des Reiches riesenhaft. Gegenwärtig betragen sie rund 209 Milliarden Mark. Da das Reich auch Unkosten hat für die Kriegsaufwendungen der Länder und Gemeinden, ferner für die Abfindungen im Zusammenhang mit der Uebernahme beträgt die Reichsschuld ungefähr 265 Milliarden Mark. Es kann nicht weiter geschehen, daß die ganze Volkswirtschaft vom Reiche zehrt und dann noch bei der Erhebung von Steuern Schwierigkeiten entstehen werden. Gerade weil man im Kriege nicht an das Steuernzahlen gewöhnt worden ist, ist unsere heutige Finanzlage so außerordentlich trostlos. Die Folgen von etwaigen Steuersabotagen wären nicht auszudenken und müßten in erster Linie den Arbeiterstand treffen. Man muß vom Volke erwarten, daß es angesichts der gewaltigen Bedeutung der Steuererhebung für unser ganzes Wirtschaftsleben zu einer möglichst reibungslosen und raschen Eintreibung der Steuern beiträgt. Man vergesse nicht, daß das Reichsnotopfer durch drei Jahre hindurch neu veranlagt werden kann. Wer also seine Steuererklärung nicht richtig abgibt, braucht noch lange nicht zu denken, daß er vor schweren Strafen sicher ist. Die Verlängerung des Kohlensteuergesetzes muß der Reichstag noch in dieser Tagung vornehmen. Dringlich erforderlich wäre eine Erhöhung der Kohlensteuer. Bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage beschränke ich mich zurzeit aber lediglich auf die Verlängerung der bisherigen Steuern um ein weiteres Jahr. Wir stehen vor Spa und damit vor unserem Schicksal, ja vor dem Schicksal Europas. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Vernunft und Verständigungswille die Verhandlungen beherrschen, ist eine rasche Behebung der Kriegsschäden zu erhoffen, unter der Voraussetzung, daß man uns wirtschaftlich wieder zu Atem kommen läßt. Nimmt man dem Schuldner die Möglichkeit zu arbeiten, sich wirtschaftlich über Wasser zu halten, dann beraubt man sich selbst seiner Forderungsrechte. (Lebh. Zustimmung.) Mit solchen Begriffen um sich zu werfen, hat bei der ganzen Wiedergutmachungsfrage nicht sehr viel praktischen Wert. Wenn die Welt nicht von dem Geldwahne loszukommen sucht und wirtschaftlich denken lernt, kommen wir immer wieder auf den toten Punkt. Internationale Schuldabmachungen können nur erfolgen durch Sachgutlieferungen. Die Abtretung von Forderungen kommt für die deutsche Volkswirtschaft nicht mehr in Frage, denn wir haben unsere Auslandsguthaben ja verloren. Das ganze Wiedergutmachungsproblem ist das Problem der Produktion. Der Geldschleier muß zerrissen, die Milliardenpsyche überwunden werden. Nur von diesem Gesichtspunkte aus kann von Spa aus das Problem zu einem für Europa günstigen Ende geführt werden. Die Voraussetzungen dafür sind Verhandlungen, die geführt werden, um die drohende Gefahr eines finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und allgemeinen kulturellen Bankerotts von den hartgetroffenen Ländern Europas zu bannen. Die Schuld- und Finanzverpflichtungen infolge des Krieges sind eine einzige ungeheure Kette, die sich von Volk zu Volk, von Kontinent zu Kontinent zieht. Kommt es irgendwo zu einem Zusammenbruch, so pflanzt sich der Stoß auf alle übrigen Länder fort. An unserm guten Willen wird es uns bei den Verhandlungen nicht fehlen. Das deutsche Volk hat trotz aller ungeheuren Not bisher schon Leistungen vollbracht, wie sie noch niemals einem Volke auferlegt worden sind. Man vergesse aber nicht, daß Deutschland auch das nötige Handwerkszeug und die Arbeitsstoffe zu seinen Leistungen haben muß. Hätte der Waffenstillstand und der Friedensvertrag unser Verkehrswesen und organischen Mittel unserer weltwirtschaftlichen Betätigung nicht so arg getroffen, dann hätten wir hinsichtlich der Wiedergutmachung viel leistungsfähiger sein können. In der gegenwärtigen Lage geht es um unser aller Wohl. Innere Kämpfe und Gegensätze müssen heute hinter der großen nationalen Aufgabe zurücktreten, aus der Not der Zeit wieder einen Weg zu langsamer Besserung zu finden. Alle Hoffnung auf eine bessere Zeit ruht auf der Arbeit, auf unserem Können und dem Fleiß unserer Hände. Halten wir uns Tag für Tag, Stunde für Stunde vor Augen, daß wir bettelarm geworden sind und jeder von uns Opfer und seine letzten und besten Kräfte hergeben muß. (Anhaltender, lebhafter Beifall!)

Abg. Henke (Unabh.): Die entscheidenden Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital werden außerhalb des Parlaments ausgefochten werden. Das Ziel ist die Eroberung der politischen Macht. Der Diktatur der Schwerindustrie, der reaktionären Offizierskaste, stellen wir die Diktatur des Proletariats entgegen. Die Mittel sind die revolutionären Arbeiterräte.

Der bayerische Vertreter von Pregel erklärt die Angriffe des Finanzministers gegen die Länder für unberechtigt.

Abg. Eisenberger (Bayer. Bauernbund) stellt fest, daß der alten Koalitionsregierung an und für sich nichts vorzuwerfen sei. Der Redner fordert die Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Das Haus vertagt sich. Freitag 1 Uhr: Anfragen, Weiterberatung.

Politische Nachrichten.

Die deutsche Flagge wieder auf dem Meere!

Wir berichteten unlängst über das zwischen der Hamburg—Amerika-Linie und dem Herriman-Konzern in Neuyork getroffene Abkommen wegen Wiederaufnahme der regelmäßigen Schiffahrt zwischen Hamburg und Neuyork. Generaldirektor Cuno von der Hamburg—Amerika-Linie, der zwecks Abschluß der Verhandlungen sich nach Amerika begeben hatte, ist jetzt nach Hamburg zurückgekehrt und hat einem Ver-